

Lichtenstein-Galuberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Gohndorf, Adlig, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendsdorf, Ortmanndorf, Rüssen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Riederwälden, Ruffschappel und Zirkheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 97.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

62. Jahrgang. Sonntag, den 28 April

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1912

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags um 4 Uhr in der 10. Ausgabe. Die Abnahme beträgt 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Abbestellungen nehmen außer der Expedition in Kitzlebach, Rüdigerstr. Nr. 56, alle katholischen Postämter, Postboten, sowie die Anstrenger entgegen. Zusätze werden bis fünfjährigem Grundjahre mit 10, für einjährig 20 Pfg. berechnet. Im amtlichen Teile kostet die zweifache Seite 30 Pfg. Der amtliche Teil kostet die zweifache Seite 30 Pfg. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das Wichtigste.

* König Friedrich August und Prinzessin Mathilde trafen gestern nachmittag in Danzig ein. Der Stapellauf des Linien Schiffes „König Albert“ erfolgt heute.

* Der sächsische Landtag wird, wie jetzt feststeht, vor Pfingsten verlagert werden. Ob zum Herbst eine außerordentliche Tagung einberufen werden wird, darüber wird in den nächsten Tagen entschieden werden.

* Das Staatsdeparterement in Washington hat den deutschen Vorschlag zur gemeinsamen Sicherung der Ozeanpassagiere angenommen und die Erwartung ausgedrückt, daß Deutschland diese internationale Konferenz einberufen werde.

* Nach dem Ergebnis der gestrigen Reichstagswahl im 2. oldenburgischen Wahlkreise hat Stichwahl zwischen Dr. Biemer (Fortchr. Volksp.) und Hua (Soz.) stattgefunden.

* Im Anschluß an neue Vorschläge im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte der Präsident, er werde es nicht dulden, daß sechs Sozialdemokraten das Haus tyrannisierten.

* Die Ausreise der „Olympic“ mußte wegen Mangels an Heizern ausgesetzt werden.

* Während eines starken Sturmes sind drei Schiffe im Hafen von Sebastopol getrennt. Eine Anzahl von Personen ertranken.

* Die Lage in Marokko wird als sehr bedenklich geschildert; man rechnet mit einer allgemeinen Erhebung der Stämme gegen die Franzosen.

* Auf der Pforte erhält sich das von Rom demontierte Gerüst, daß der italienische Panzerkreuzer, der während des Bombardements vor den Dardanellen beschädigt worden ist, bei Lemnos gesunken sei.

Vom Deutschen Reichstage.

(Eigen-Bericht.) Sch. Berlin, 26. April.

Die Jesuiteninterpellation ist ein großer Tag für das Zentrum, das mit allen Mannen zur Stelle ist. Am Bundesratsstische erscheint mit dem bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen v. Lerchenfeld der Reichskanzler, der die Interpellation persönlich beantwortet will. Nach den Tagen des Kampfes ist man ruhebedürftig, und gleich die Rede des Interpellanten, des nationalliberalen Dr. Jund, beweist, daß man stürmische Kulturkampfbedachten dem Hause für heute schenken möchte. In der Form ruhig, in der Sache bestimmt, lenkt Herr Jund die Aufmerksamkeit des Hauses auf den hl. antiken Erlaß des bayerischen Ministeriums, der eine auffällige Verletzung eines Reichsgesetzes darstellt, eine Mißachtung Bayerns gegenüber einem bestehenden Reichsgesetz. Er ruft die Autorität des Kanzlers an, der in seiner Antwort gleichfalls sorgsam bemüht ist, jede Schärfe zu vermeiden. Der Kanzler weist einen klaren Rückblick auf die Geschichte des Jesuitengesetzes. Bis in die neueste Zeit sei die Auslegung des Begriffs Lebensfähigkeit in sämtlichen Bundesstaaten die gleiche gewesen. Die bayerische Regierung sei zu einer anderen Auslegung gekommen. Er habe davon gehört und sofort Bericht eingefordert. Zugleich habe Bayern beim Bundesrat einen Antrag gestellt, den Begriff der verbotenen Lebensfähigkeit zu definieren. Dieser Antrag werde den Bundesrat beschäftigen. Bis dahin habe sich Bayern verpflichtet, den Erlaß nicht in Wirklichkeit treten zu lassen. Im allgemeinen ist das Haus vor der Antwort des Kanzlers beschränkt. Dennoch wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten, nachdem Graf v. Lerchenfeld kurz beteuert hat, der Erlaß seiner Regierung habe sich durchaus in gesetzlichen Grenzen gehalten.

Der Sozialdemokrat Bloss sucht der strittigen Anlegenheit die heitere Seite abzugewinnen. Seine Freunde seien gegen das Jesuitengesetz, das seine Existenz Amenmädchen über die Tätigkeit der Jesuiten zu verhindern habe. Dr. Spahn will, daß man selbst ein ungerechtes Gesetz befolge. Aber Pflicht der Gerech-

tigkeit wäre, den § 1 des Jesuitengesetzes überhaupt aufzuheben. Die Konservativen erklären durch den Grafen v. Westarp sich mit der Schlichtung des Streits durch den Bundesrat einverstanden. Ihre Haltung gegenüber dem Jesuitengesetz sei die alte, doch seien sie über das Bestreben der bayerischen Regierung, einen Konflikt zu vermeiden, sehr erfreut. Für den fortschrittlichen Hofe ist der Erlaß des lebenden Staatsministers von Bayern nur eine Vorarbeit für die gänzliche Beseitigung des Jesuitengesetzes. Schärfer als die Wortredner geht der freikonservative Wertin ins Zeug, der das Jesuitengesetz heute noch für so nötig hält wie am Tage seines Entstehens. Ein Jungenerzieher, der nationalliberale Professor Ortman, zeigt das mutige Verlangen, das Zentrum zu lösendem Widerspruch zu reizen. Er fragt, ob der bayerische Kurs auch auf das Reich übertragen werden soll. Das Zentrum mag in Bayern allmächtig sein, im Reich dürfe es nicht soweit kommen. Als Herr Ortman an den Bänken des Zentrums entlang geht, wird er mit lauten Zurufen überschüttet. So sehr das Zentrum sich Mühe gibt, Gleichgültigkeit an den Tag zu legen, während Ortmanns Rede, bemerkt man doch die tiefere Spannung über den Verlauf der Debatte. Der Bolsch. W. Morawski greift die Nationalliberalen leidenschaftlich an. Durch das Ablesen der Rede wird aber die Heftigkeit stark gedämpft. Der christlich-soziale W. M. beschränkt sich auf den „Wib“, jesuitisch und nationalliberal sei sinnverwandt. Mit einer großen Verteidigungsrede W. Möbbers und einer Abwehrrede des Herrn Jund schließt die Interpellationsdebatte.

Minister v. Breitenbach zieht ein, die Mehrheit des Hauses aus. Das Reichseisenbahnamt muß sich immer damit beschäftigen, zwischen zwei Puffern zu kommen. Morgen soll die Beratung zu Ende geführt und der Kolonialetat in Angriff genommen werden.

Deutsches Reich.

Bresden. (Ein außerordentlicher Landtag?) Was für Telegrammbureau meldet: Nach der gegenwärtigen Geschäftslage läßt sich nunmehr sagen, daß die dem Landtag noch vorliegenden gesetzgeberischen Arbeiten, insbesondere das Volksschulgesetz, bis Pfingsten nicht mehr sämtlich erledigt werden können. Es steht daher mit ziemlicher Bestimmtheit fest, daß der Landtag zu einer außerordentlichen Tagung im Herbst dieses Jahres zusammenzutreten wird, um die noch unerledigten verchiedenen Gesetzesentwürfe endgültig zu verabschieden. Das Volksschulgesetz dürfte einer Deputation zur weiteren Verhandlung überwiesen werden.

(Kultusminister Dr. Beck) gab in der Zweiten Kammer eine Erklärung ab, in der er die Stellung der sächsischen Regierung zu der Jesuitenfrage klarlegte. Nach alledem ist durch die sächsische Verfassungsurkunde in Verbindung mit späteren Landesgesetzen und dem § 1 des Jesuitengesetzes nach wie vor in Sachsen nicht nur die Aufnahme des Jesuitenordens und die Errichtung aller Ordensniederlassungen im engeren wie im weiteren Sinne, sondern auch den einzelnen Jesuiten die Ausübung jedweder Ordensfähigkeit verboten. Die Regierung hat stets ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Sicherung des konfessionellen Friedens in unserem Lande gerichtet. Die Voraussetzung für die Erhaltung des konfessionellen Friedens ist aber, daß von allen beteiligten Stellen die gegebenen Grenzen nicht überschritten werden.

(Aus der Volksschulgesetzdeputation.) In der letzten Sitzung der Schulgesetzdeputation wurden die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Bildung von Schulverbänden ohne Änderung angenommen. Nach diesen Bestimmungen ist es den Schulgemeinden gestattet, zu bestimmten Zwecken Schulverbände zu bilden, zu es kann zur Errichtung von Mädchenfortbildungsschulen und zum Zwecke von Volksschulunterricht sogar der Zwang zur Verbandsbildung angewendet werden. Die Deputation trat weiter in die Beratung über Rechte und Pflichten der Lehrer ein. Hier stellten sich

Differenzen über die Behandlung der Fachlehrer und -lehrerinnen ein. Zur Beschlußfassung kam es noch nicht. Auf die Frage, ob wahlfähige Lehrer als Hilfslehrer verwendet werden können, wurde vorläufig ohne Beschlußfassung verhandelt. Wichtig sind die neuen Bestimmungen über die Anstellung von Lehrern an Fortbildungsschulen im Hauptamt und über deren Vorbildung.

Berlin. (Dementi.) Von informierter Seite wird mitgeteilt, daß die aus Bukarest kommenden Alarmnachrichten, denen zufolge die russische Schwarze-Flotte durch den Bosporus angekommen sei und Bulgarien sich bereit mache, die makedonische Grenze zu überschreiten, auf Erfindung beruhen. Die europäischen Kabinette sind nach wie vor gemeinsam bemüht, die Ruhe auf dem Balkan nicht stören zu lassen.

(Die Dardanellen.) Die Türken haben sich gegenüber den freundschaftlichen Vorstellungen der Vorkämpfer in Konstantinopel zugunsten einer beschleunigten Freigabe der Dardanellen für die Handelschifffahrt bisher ablehnend verhalten. Rußland hat deswegen ein neues Memorandum in dieser Angelegenheit bei der Pforte überreichen lassen. Es ist zu erwarten, daß sämtliche Mächte demnächst mit energischeren Maßnahmen vorgehen werden, um ihren Wünschen bei den Türken Erfolg zu verschaffen.

(Den Rücktritt des Herrn v. Heeringen.) fordert das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“. Sie beginnt einen gegen den Kriegsminister gerichteten Leitartikel mit den Sätzen:

„Dieses Wort, das der preussische Kriegsminister v. Heeringen den Offizieren und Reserveoffizieren ins Antlitz schleuderte, die religiös empfinden und über den von den Gesetzen der Religion, der Sitte und des Rechts gleichmäßig verurteilten Duellmord nicht begehren wollen, muß man nach seiner Äußerung auf diesen Herrn selbst anwenden. Ein Mann, der ein derartiges Prinzip im deutschen Reichstag aufstellen kann, darf in der Spitze unserer Heeresverwaltung nichts mehr zu suchen. Eine öffentliche Verhöhnung der Strafgesetze, die als Grundlage des Rechtszustandes unseres Staates gelten, eine bewußte Mißachtung der religiösen, wie allgemein sittlichen Pflichten jedes Menschen schließen eine Propagierung des Umsturzes in sich, wie sie schlimmer kein Anarchist betreiben kann. Ist man aber gegen den Umsturz von unten, so muß man es mit der gleichen Berechnung auch gegen den Umsturz von oben sein; er ist zum mindesten ebenso gefährlich wie der andere. Und die Zentrumsparthei würde alle ihre religiösen Prinzipien verleugnen, ihr rechtliches Empfinden gänzlich bei Seite schieben, wenn sie mit einem Minister sich ferner einlassen wollte, der derartige Tendenzen vertritt.“ — Man wird ja bald hören, ob der Kriegsminister gewillt ist, aus dieser scharfen Tadel die Konsequenzen zu ziehen. Zeitweilen wird es der Reichskanzler kaum mit dem Zentrum verdröben. Und Herr v. Heeringen hat in der Tat reichlich unbedacht gesprochen und dem Zentrum Wasser auf seine Mühlen geliefert.

(Jesuiten in Deutschland.) In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung veröffentlicht ein deutschfühlernder römisch-katholischer Geistlicher der Erzdiözese Köln einen Artikel, in welchem er aus eigener Erfahrung mitteilt, daß Hunderte von Jesuiten im Deutschen Reich Exerzitien, Missionsvorträge, Konferenzen usw. abhalten, aber um die Behörden zu hintergehen, sich Priester vom göttlichen Wort, Missionsprediger, vereehrte Mönche und dergleichen nennen. Da sie ihre Tätigkeit nur mit Erlaubnis der zuständigen bischöflichen Behörden ausüben dürfen, so untertägen damit diese kirchlichen Behörden direkt die Uebertretung staatlicher Gesetze. Besonders bei den Ursulinerinnen und den Frauen vom guten Hirten seien Jesuiten als Anstaltsgeistliche tätig. Einer der bekanntesten Jesuiten sei der Jesuit Professor Schwarz, der sich den Professoren einfach als Zugmittel belege.

NST
DHN
tstr
anherb Geschm
Luxuswaren
ung.
enlein-
nta, h
ospital
ei
gülicher,
s Unter
ldt.
lose
edition.
gverein
allbera
28. April
Boglaide.
enbahn-Dia-
sche pünktlich
ge.
iterverein.
ag oben punkt
schlößen
luna.
betreffend.
zahlreiche Be-
D. B.
Schellisch,
du. Schollen
mpfiehlt
ert, Wähler.
pro Woche
Ubernahme
50 bis 100 W.
rechtlich u. z.
r Mädchen
erschafft mit
nung oder
t. Off. L. C.
tecker
en
at en
er
lger,
ng,
s so z.
honig,
schle
sch, Markt.
ein Rosen